

Pressemitteilung

Baugenehmigungen in Thüringen im ersten Halbjahr 2021: Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern groß. Öffentlicher Bau rückläufig

Wiesbaden, 17.08.2021

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Die Halbjahresbilanz bei den Baugenehmigungen in Thüringen fällt in diesem Jahr gespalten aus. "Vor allem die Nachfrage nach Wohnraum in Ein- und Zweifamilienhäusern ist groß", kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, Dr. Burkhard Siebert, die nun vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen. Demnach wurden in Thüringen im ersten Halbjahr 2021 der Neubau von 2.022 Wohnungen in Wohngebäuden (davon 1.033 Einfamilienhäuser) und Umbauten in Wohngebäuden für 149 Mio. € genehmigt: das sind 14,4 Prozent (Neubau) weniger bzw. 3,7 Prozent (Umbau) mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Beim Neubau ist die Entwicklung bei Ein- und Zweifamilienhäusern (plus 16,2 bzw. plus 31,9 Prozent) positiv, bei Mehrfamilienhäusern sehr negativ (minus 40,7 Prozent). Ein negativer Trend ist bei Nichtwohngebäuden absehbar. Hier stieg die Genehmigung für Neubauten zwar noch um 3,4 Prozent (auf 3 Mio. Kubikmeter), aber öffentlichen Bauherren bauten bereits weniger neu als im Vorjahreszeitraum: minus 0,8 Prozent. Die Umbaugenehmigungen bei Nichtwohngebäuden sanken in Thüringen im Vergleich zum Zeitraum Anfang Januar bis Ende Juni 2020 um 18,5 Prozent auf 95 Mio. €. "Der Bau von Mehrfamilienhäusern ist das Sorgenkind, unverzichtbar um Wohnungsmangel effizient entgegenzuwirken. Der Bau braucht Planungssicherheit, die über eine

Legislaturperiode hinausgehen muss. Wir benötigen auch langfristige politische Zusagen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wichtig ist zudem, dass ländliche Regionen mit einem leistungsfähigen ÖPNV angeschlossen werden, um die Städte zu entlasten. Wichtig ist, dass Thüringen für Investoren attraktiv bleibt und diese nicht aus Sorge vor Mietendeckel und einer die Investitionen hemmenden Politik fernbleiben oder in benachbarten Bundesländern investieren", erklärte Dr. Burkhard Siebert in Erfurt.